

# Täuschung und Verrat



„Der Islam hat nichts mit dem Islamismus zu tun.“ „Der Islam ist eine friedliche Religion.“ „Der Islam gehört zu Deutschland.“ Diese Aussagen bestimmen heute maßgeblich die politischen Entscheidungen in Deutschland (und in der EU). Sowohl alle im Bundestag vertretenden Parteien als auch fast alle einflussreichen Medien und gesellschaftlichen Organisationen wie Gewerkschaften oder Wirtschaftsverbände sowie die beiden großen christlichen Glaubensgemeinschaften achten streng darauf, dass diese Aussagen nicht infrage gestellt werden.

*(Von Burkhard Willimsky)*

Damit wird nicht nur die einheimische Bevölkerung getäuscht, sondern es werden auch besonders die Millionen integrierten Menschen, die vor allem aus religiös-politischen oft lebensbedrohenden Gründen nach Deutschland flüchteten und flüchten, um hier eine neue Existenz in freier und auch religiöser Selbstbestimmung nach den Prinzipien unseres Grundgesetzes aufzubauen, verraten.

Dasselbe gilt auch zunehmend für die integrationswilligen in Deutschland geborenen Muslime. Das religiös geprägte kollektive Umma-Bewusstsein, sowie der vorwiegend patriarchalisch geprägte eng zusammenhaltende Familienverband erschweren es, dass Muslime in Deutschland Entscheidungen im

Sinne unseres Grundgesetzes treffen können. Insbesondere für Musliminnen ist es schwer, ihre Lebensplanung abweichend von den Regeln der Scharia selbst zu gestalten, ohne bedroht zu werden.

Durch die Einführung des Islamunterrichts als ordentliches Bekenntnisfach in immer mehr Schulen der einzelnen Bundesländer haben unsere Meinungs- und Entscheidungsträger in Deutschland festgelegt, dass der Islam alternativlos als friedliche Religion zu gelten hat. Die illusionäre Absicht der verantwortlichen Politiker, durch eine entsprechende Ausbildung der islamischen Religionslehrer an deutschen Universitäten, die Normen und Rechtsgrundsätze der Scharia den Normen und Prinzipien unseres Grundgesetzes anzupassen, musste von vornherein scheitern.

Damit wurde und wird aber der Islamunterricht jetzt auch in öffentlichen Schulen zum Türöffner für die ewig gültigen und unveränderbaren verfassungsfeindlichen Kernaussagen im Koran.

Die – mit Ausnahme der Aleviten – für die Erteilung des Koranunterrichts zuständigen orthodoxen muslimischen Verbände garantieren, dass letztlich die im 7. Jahrhundert von Allah durch den Erzengel Gabriel an seinen letzten Propheten Mohammed übermittelten Offenbarungen ohne Abstriche verbreitet werden und damit wesentlich mehr Schüler als bisher entsprechend beeinflusst werden.

Bis heute haben es alle etablierten und verantwortlichen Alt-Parteien unterlassen, sich kritisch mit den kollektiven Rechts- und Handlungsanweisungen im Koran sowie mit den normsetzenden Reden und Handlungsanweisungen Mohammeds (Sunna) auseinanderzusetzen.

Die Einführung des Islamunterrichts in den öffentlichen Schulen erfolgte übrigens ohne eine kritische Berichterstattung in den Medien und ohne kritische Diskussionen im jeweiligen Plenum der zuständigen

Landesparlamente. Nicht nur den betroffenen Lehrern, Eltern und Schülern, sondern der gesamten Bevölkerung wurden die notwendigen Informationen über diese problematische Entscheidung vorenthalten.

Bei den politischen Fernseh-Talkshows wird stets darauf geachtet, dass etwa verfassungsfeindliche Koranverse nicht zitiert werden. Auch die Zusammensetzung der Gesprächspartner sowie die Gesprächslenkung der Moderatoren haben bisher eine ernsthafte kritische Diskussion über die fundamentalen verfassungsfeindlichen Aussagen der Scharia verhindert.

Für Politiker oder Journalisten, die deutlich den Islam kritisieren und ihn für unvereinbar mit den in Deutschland verfassungsrechtlich garantierten Grundrechten halten, gibt es bisher keine tolerierte Informations- und Meinungsfreiheit.

Als der stellvertretende Chefredakteur der „Bild am Sonntag“ (BamS) – Nicolaus Fest – aufgrund seiner Kenntnisse und Erkenntnisse einen Kommentar am 27. Juli 2014 unter dem Titel „Islam als Integrationshindernis“ veröffentlichte (PI berichtete), wurde er heftig auch von leitenden Chefredakteuren des Springerverlages kritisiert und auch vom Beschwerdeausschuss des Presserats öffentlich mit der Begründung gerügt, Fest habe die Grenze der Meinungsfreiheit deutlich überschritten. Er verlor Ende September 2014 den Posten des stellv. Chefredakteurs und verließ den Springerverlag.

Auf die naheliegende Idee, Fest aufzufordern, seine als „ungeheuerlich“ empfundenen Aussagen doch einmal gefälligst zu begründen und die Gelegenheit zu nutzen, einen echten Austausch von Argumenten und Gegenargumenten vorzunehmen, wurde verzichtet. Statt zu diskutieren, wird polemisiert und diffamiert!

Als erfahrener Journalist und Jurist wird Nicolaus Fest nicht ohne einen detaillierten Hintergrund seinen Kommentar

geschrieben haben, zumal er um die stets einschüchternde Macht der orthodoxen muslimischen Verbände und ihrer Diener in den etablierten deutschen Parteien und Verbänden weiß.

Der langjährige CDU-Abgeordnete im Hessischen Landtag – Hans-Jürgen Irmer – sah sich Ende Januar 2015 gezwungen, seine politischen Ämter als stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion sowie als bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion niederzulegen (PI berichtete auch hierüber). Er wolle das Klima innerhalb seiner Fraktion nicht weiter belasten, sagte der 62-jährige Oberstudienrat. Seit Jahren kritisiert Irmer die Migrationspolitik, den Asylmissbrauch sowie die Einwanderung in die Sozialsysteme und wurde deshalb immer wieder nicht nur von linken Parteien und Gruppen heftig angegriffen und diffamiert.

Im dem von Hans-Jürgen Irmer herausgegebenen „Wetzlar-Kurier“, einem monatlich erscheinenden Anzeigenblatt mit einer Auflage von ca. 105.000, hat der streitbare Politiker sich in den letzten Jahren immer wieder deutlich zu den Gefahren der Islamisierung geäußert. In der letzten Februar-Ausgabe fordert Irmer: „Was wir bzw. der Islam vor allen Dingen dringend benötigen, ist eine vorbehaltlose Diskussion über die Relevanz gewaltlegitimierender Inhalte des Korans.“

Hinweis: Bei der Wahl zum Hessischen Landtag 2013 erhielt Irmer als Direktkandidat (Erststimme) mit 47,3 % in seinem Wahlkreis ein besonders beachtliches Ergebnis.

## **Fazit und These**

Die verantwortlichen Meinungs- und Entscheidungsträger in Deutschland haben bisher jede Information bzw. jede ernsthafte öffentliche Diskussion über die für korangläubige Muslime verbindlichen Aussagen im Koran verhindert. Anderenfalls wäre deutlich geworden, dass besonders die Offenbarungen, die Mohammed in Medina in seinen letzten zehn Lebensjahren empfangen hat sowie seine Aussagen und Handlungen auch als

oberster Richter und unumschränkter Kriegsherr in dieser Zeit, eine Steilvorlage für den heutigen Islamischen Staat sind. Werden dadurch nicht die über Jahrhunderte mühsam errungenen verfassungsrechtlich verankerten Grundrechte unseres demokratischen Rechtsstaates verraten?

---

*Der Autor war in Berlin Schulleiter, hauptamtlicher Stadtrat sowie Dozent für Politikwissenschaft an einer Fachhochschule.*